Artikel vom 17.05.2023 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 20:08 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/umk-vertagt-entscheidungen-zum-wolf

UMK vertagt Entscheidungen zum Wolf



Foto: Katrin John

Wenig Neues zum Thema Wolf hat die Umweltministerkonferenz (UMK) gebracht, die am Freitag vergangener Woche auf dem Petersberg in Königswinter zu Ende gegangen ist. Über den weiteren Umgang mit dem Wolf solle auf der UMK-Herbstsitzung Ende November in Münster beraten werden, so der Beschluss des aktuellen Treffens. Als Grundlage der geplanten Beratungen solle der Bund unter Beteiligung der Länder vor der Herbst-UMK eine wissenschaftliche Analyse zur Gesamtpopulation des Wolfs und dessen Erhaltungszustand vorlegen. Der Vorsitzende der UMK, Nordrhein-Westfalens Umweltminister Oliver Krischer, verteidigte das Tagungsergebnis gegenüber der Presse. Die Sorgen der heimischen Weidetierhalter wegen des Wolfs würden ernst genommen, versicherte der Grünen-Politiker. Entscheidungen bräuchten aber eine substanzielle Grundlage. Am Tag zuvor hatte das Aktionsbündnis Forum Natur (AFN) eine gemeinsame Erklärung mit Forderungen zur Wolfspolitik an ihn übergeben.
Außerdem fand am Donnerstag vergangener Woche am Petersberg eine Protestaktion des Rheinischen Landwirtschafts-Verbands (RLV) unter dem Motto „Wolfspolitik: Jetzt ändern!“ statt. Dort monierte RLV-Präsident Bernhard Conzen: „Statt Problemwölfe konsequent zu entnehmen, wird Tierhaltern hierzulande ein ‚Rüstungswettlauf‘ mit immer höheren Zäunen, Nachtaufstallungen oder territorialen Schutzhunden zugemutet.“ Die Situation am Niederrhein eskaliere weiter und in den letzten Wochen habe es regelrechte

Riss-Serien gegeben. Allein Ende Februar seien in Dinslaken 39 Tiere einem Wolfsübergriff zum Opfer gefallen. „Wir fordern ein Umsteuern der aktuellen Wolfspolitik und appellieren deshalb an die auf dem Petersberg versammelten Ministerinnen und Minister: Schöpfen Sie die schon bestehenden Möglichkeiten des EU-Artenschutzrechts aus. Problemwölfe müssen hierzulande entnommen werden dürfen“, machte Conzen deutlich.
Mehr in LZ 20-2023 ab S. 10